

Michael Klundt

Ursachen, Strukturen und Folgen von Armut und Reichtum in Deutschland

Seit dem Ende des 20. Jahrhunderts ist die Polarisierung zwischen Arm und Reich in Deutschland wieder zu einem zentralen sozialpolitischen Problem geworden, das sich im Kontext von deutscher und europäischer Vereinigung sowie globalen politischen wie sozioökonomischen Prozessen auf quantitativ und qualitativ erweiterter Ebene entwickelt hat.

Voraussetzung für die Präsentation von Zielen, Handlungsanforderungen und Alternativen einer »Politik gegen die Polarisierung von Armut und Reichtum« ist das jeweilige Armuts- bzw. Reichtumskonzept. Ob Armut bzw. Reichtum als objektives oder subjektives Phänomen gesehen werden, ob sie als materielle Armut und Reichtum (so genannte Ressourcenkonzepte) bestimmt oder multidimensional verstanden werden (so genannte Lebenslagenkonzepte), ob man sie unter absoluten oder relativen Maßstäben betrachtet, hängt wesentlich von der jeweiligen politisch-normativen Festlegung ab. Danach richten sich das empirisch ermittelte Ausmaß sowie die Strukturen der Armut und des Reichtums.¹ Entscheidend ist aber auch das jeweilige normative Verständnis von Wohlstand und sozialer Deprivation, d.h. deren Wertschätzung, bzw. die Frage, wieviel Armut und welches Maß an Reichtum als vorteilhaft, akzeptabel oder als nicht mehr hinnehmbar begriffen werden.

Für den herrschenden neoliberalen Mainstream sind Bedürftigkeit und Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen ein Ergebnis individuellen Versagens. Umgekehrt sind – im gleichen Denken – Wohlstand und Reichtum nur die Belohnung für erbrachte außerordentliche Leistung. Schließlich haben scheinbar alle die gleichen Chancen, es kommt nur darauf an, etwas daraus zu machen. Anhand der kritischen Analyse von Forschungen zu Armut und Reichtum in Deutschland soll im Folgenden ein anderer Sachverhalt deutlich gemacht werden. Dabei lautet die These, dass der beschleunigte Aufbau von Reichtum in der Bundesrepublik die Ausweitung von Armut zur logischen Konsequenz hat. In diesem Kontext wird

¹ Vgl. zu verschiedenen Armuts- und Reichtumsdefinitionen und theoretischen Konzepten beispielsweise: Zimmermann (1998: 34ff.), Hochmuth/Klee/Volkert (1995: 7ff.), Huster (1997: 11ff.).

der gegenwärtige rot-grüne Sozialstaatsabbau als Ursache und als Folge sozialer Polarisierung betrachtet.

Forschungsstand zu Armut und Reichtum

Im ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2001) wird eindrucksvoll dokumentiert, dass »das Phänomen sozialer Ausgrenzung auch in einem wohlhabenden Land wie Deutschland anzutreffen ist.« (BMAS 2001: XXXV) Die Analyse der Erwerbseinkommen »ergab für Westdeutschland eine deutliche Ungleichheit zwischen 1973 und 1998« (ebd.: 22). Besonders Haushalte im »Niedrigeinkommensbereich« mussten »einen Einkommensverlust hinnehmen« (15% im Westen, 17% im Osten; ebd.: 34). Die ungleiche Vermögensverteilung wird folgendermaßen quantifiziert: »Vom Privatvermögen [...] entfielen [...] in Westdeutschland 42% auf die vermögendsten 10% der Haushalte, während nur 4,5% den unteren 50% der Haushalte gehörten.« (ebd.: 67) Die Zahl der DM-Vermögensmillionäre hat sich von 1960 bis 1998 mehr als verhundertfacht, von 14.000 im Jahre 1960 über 270.000 im Jahre 1973 auf heute rund 1,5 Millionen (vgl. ebd.: 64). Dagegen vervierfachte sich die Zahl der Sozialhilfe empfangenden Menschen in Westdeutschland von 1973 bis 1998 auf 2,5 Millionen (insgesamt sind es etwa 2,88 Millionen; vgl. ebd.: 75). Dafür verantwortlich gemacht werden gestiegene Arbeitslosigkeit und sinkende Erwerbseinkommen. Der Bundesbericht konstatiert, dass das »permanente Erreichen überdurchschnittlicher Einkommenspositionen [...] in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre ebenso wieder zugenommen [hat] wie das Risiko eines dauerhaften Abstiegs in unterdurchschnittliche Einkommensklassen« (vgl. ebd.: 32; Klundt 2003: 43ff.).

Der vom Bundeskabinett Ende April 2001 verabschiedete Bericht veranschaulicht das Ausmaß sozialer Ungleichheit in Deutschland. Während es einer großen Mehrheit der Bevölkerung immer noch gut oder sogar sehr gut geht, wächst die Anzahl derer, die in relativer Armut, Unsicherheit und Existenzangst leben. Am unteren Ende der Wohlstandsskala befinden sich überdurchschnittlich viele Kinder und Jugendliche. Ein extrem hohes Armutsrisiko tragen junge Menschen, die in »unvollständigen« und/oder kinderreichen Familien aufwachsen. Ende 1998 bezogen insgesamt 1,1 Millionen Kinder unter 18 Jahren laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU). Die Sozialhilfequote von Kindern ist damit fast doppelt so hoch wie im Bevölkerungsdurchschnitt. Nach dem von der Hans-Böckler-Stiftung, dem DGB und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband in Auftrag gegebenen Ar-

mutsbericht müssen ca. 2 Millionen Kinder bis zu 15 Jahren, d.h. mehr als 14% dieser Altersgruppe, als arm gelten (vgl. Hanesch/Krause/Bäcker 2000: 81ff.).

Zudem verweist der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung auf das Problem der etwa 2,77 Mio. Ver- bzw. Überschuldungsfälle in Deutschland. »Der Weg in die Überschuldung beginnt [...] oft in jungen Jahren. So hatten 1999 20% der Jugendlichen im Westen und 14% der Jugendlichen im Osten bereits Schulden. Hinsichtlich des Familienstands haben Einpersonenhaushalte die Familien als stärkste Gruppe der überschuldeten Haushalte abgelöst.« (BMAS 2001: 73) Diese Probleme können geballt zu erheblichen psychosozialen Belastungen führen und einen Ausschluss der Betroffenen aus wichtigen sozialen und kulturellen Lebensbereichen nach sich ziehen, was die Chancengleichheit innerhalb der Gesellschaft nachhaltig beeinträchtigt.

Laut Prognosen einer Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes wird die Zahl der Kinder und Jugendlichen in Deutschland, die von Sozialhilfe leben müssen, in den nächsten zwei Jahren von einer auf 1,5 Millionen ansteigen (nicht mehr jedes 15., sondern jedes 10. Kind; vgl. Martens 2003). Die befürchtete Steigerung um eine halbe Million Betroffene sei hervorgerufen durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV), durch deren Leistungskürzungen die Zahl der Menschen, die Auszahlungen auf dem Niveau der Sozialhilfe beziehen, von 2,8 Millionen auf 4,5 Millionen anwachse. Dieser höchste Stand seit Kriegsende betreffe vor allem Kinder (vgl. Frankfurter Rundschau v. 29.12.2003). Durch die beschlossene Herabsetzung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau müssen mittelfristig ab 2005 1,7 Millionen mehr Menschen auf dem Armutslevel leben, was eine Zunahme der (sozialhilfebezogenen) Armutsquote von derzeit etwa 3,7 auf 7% bedeutet (ohne diejenigen Sozialhilfeberechtigten, die aufgrund von Scham oder/und Schikanen der Ämter keine HLU beziehen: »versteckte Armut«; vgl. junge welt v. 17.1.2004). Werden durch die Absenkung der Arbeitslosenhilfe bei den schon sozial Schwachen 3,6 Milliarden EUR gespart, so führen die Steuerbeschlüsse der Bundesregierung dazu, dass Vermögen angehäuft werden. Zwar sinke bei der Einkommensteuer in den kommenden beiden Jahren sowohl der Eingangs- als auch der Höchstsatz. Doch werde sich die Konzentration von Vermögen und Einkommen in immer weniger Haushalte fortsetzen, prognostizierte der Wohlfahrtsverband. »Die Spitzeneinkommen werden netto deutlich stärker entlastet. Hier wird Geld verteilt, das zu 50% auf der hohen Kante landet und nicht im Konsum. Das heißt im Klartext: Es wird Vermögen angehäuft.« (Handelsblatt v. 27.12.2003) Dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zu-

folge besitzen – wie bereits erwähnt – die 10% der reichsten Haushalte in Deutschland mehr als 40% des Vermögens; die ärmsten 50% müssen sich weniger als 5% davon teilen.

Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung soll – wie schon der Titel zeigt – nicht nur über Armut, sondern auch über Wohlstand informieren. Die Informationen über Reichtum bleiben allerdings recht beschränkt. Zwar wird im Bericht auch darauf verwiesen, doch die Auslassung des Produktivkapitals in der Beschreibung der Vermögensverteilung, die aus technischen Gründen nicht erfassten sehr hohen Einkommen und Vermögen sowie die Ausblendung des Problems der Steuerhinterziehung provozieren für Karl Georg Zinn die Frage, ob durch die damit bedingte Unterschätzung der Reichtumskonzentration nicht einer verharmlosenden Betrachtung Vorschub geleistet wird. »Jedenfalls lässt der Bericht nirgends erkennen, dass zwischen Reichtum und Armut ein dialektischer Zusammenhang besteht, Reichtumskumulation auf verschiedenen Wegen Armut quasi produziert – nicht zuletzt auch auf dem Weg der ideologischen Legitimierung sozialer Ungerechtigkeit.« (Zinn 2001: 24)² Die herrschende Geheimhaltung des real existierenden Reichtums ist Teil seiner Entstehungs- und Entfaltungsbedingungen. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch der Armuts- und Reichtumsforscher Ernst-Ulrich Huster, wenn er vermutet, »dass Unkenntnis über hohe Einkommen vielleicht sogar eine ihrer Grundvoraussetzungen darstellt«. (Huster 1996: 17)

Auch der Ökonom Dierk Hirschel findet die Ergebnisse des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung – angesichts der Wirtschafts- und Sozialpolitik der letzten Jahre – wenig überraschend: »Denn dass es sich beim Kapitalismus um ein Gesellschaftssystem handelt, welches aus sich heraus Ungleichheit produziert, ist ein für Westeuropa seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts belegbarer empirischer Sachverhalt. Dass sozialstaatliche Regulierung Ungleichheit reduziert, dokumentiert die Geschichte der Wohlfahrtsstaaten. Wenn in einer Phase des Abbaus der sozialen Sicherungen Ungleichheit zunimmt, ist dies nur die logische Konsequenz.« (Hirschel 2001: 31)

Indessen vermeldet der Reichtumsbericht der privaten US-Bank Merrill Lynch und der Unternehmensberatung Cap Gemini Ernst & Young, dass trotz Börsenkrise und Konjunkturflaute die Zahl der Millionäre in Deutschland weiter gestiegen ist. Demnach verfügten Ende des Jahres 2002 755.000 Privatpersonen in der Bundesrepublik über ein Finanzvermögen von mehr

² Zu den materiellen Grundlagen medialer Verklärungen von sozialer Ungleichheit vgl. Spoo 2004

als einer Million Dollar (ca. 950.000 EUR). Ende 2001 lag die Zahl der Millionäre in Deutschland – ohne Immobilienvermögen – bei 730.000 Personen.³

Ursachen sozialer Polarisierung

Im Armuts- und Reichtumsbericht suggeriert die Bundesregierung, es gebe keinen ursächlichen Zusammenhang zwischen Armut und Reichtum. Die statistischen Daten zu Armut einerseits und Reichtum andererseits stehen beziehungslos nebeneinander. Maßnahmen schlägt die Bundesregierung nur hinsichtlich der Armut vor (Förderung des Immobilienerwerbs, Kindergelderhöhung, Schuldnerberatung u.ä.), nicht aber hinsichtlich des Reichtums (wie etwa die Wiedereinführung der Vermögensteuer etc.). Da Reichtum »wichtige positive gesellschaftliche Funktionen im ökonomischen, sozialen und kulturellen Bereich« habe, nimmt die Bundesregierung den Reichtum von jeder möglichen Maßnahme aus und fordert, den »in Deutschland vorhandenen Wohlstand und Reichtum nicht zu dämonisieren und Neid Diskussionen keinen Vorschub zu leisten«. (BMAS 2001: 3)

Auf diese Leerstelle im Bundesbericht aufmerksam machend, stellt Werner Rügemer einige interessante Fragen über die Entstehung und Funktion von Reichtum sowie seinen legitimen und illegitimen Gebrauch. »Wie wird Reichtum erworben, welche Rolle spielen dabei Macht und Machtmissbrauch, wie hoch ist die geforderte Profitrate, und wie wird sie durchgesetzt? Wo beruhen Reichtum und Gewinn nicht auf individueller Leistung, betriebswirtschaftlicher Rationalität und auf Marktmechanismen, sondern auf Selbstbedienung der Vorstände und Insider, auf Kartellbildung, Steuerflucht und Steuerhinterziehung, schließlich auch auf Korruption? Wie werden Reichtum und insbesondere Betriebsvermögen verwandt, wo führen sie zur Schädigung der Gemeinschaft, indem Arbeitsplätze zerstört, Menschenrechte verletzt, Politiker bzw. politische Parteien gekauft und die Umwelt vergiftet wird? Inwiefern und unter welchen Bedingungen führt gesetzwidriger, machtgestützter und monopolistischer Erwerb von Reichtum und Produktivvermögen zur Armut und Arbeitslosigkeit Dritter?« (Rügemer 2001: 870) Doch laut Rügemer fürchtet sich die Bundesregierung

³ Vgl. Merrill Lynch/Cap Gemini Ernst & Young 2003. Zum langsamen, aber stetigen Wachstum bei den High Net Worth Individuals (HNWIs) mit einem Geldvermögen von mehr als 1 Million EUR gibt der neueste Reichtumsbericht 2004 Auskunft: vgl. Merrill Lynch/Cap Gemini Ernst & Young 2004: 7

offensichtlich vor solchen Fragen, wenn sie stattdessen verlautbaren lässt: »Die Ungleichheit der Einkommen ergibt sich aus dem Marktprozess.« (BMAS 2001: XVI)

In seiner grundsätzlichen Kritik vorherrschender Armuts- und Reichtumsbetrachtungen verweist Werner Rügemer auf die unterbelichtete empirische Analyse über Umfang, Entstehung und Wirkungen von Armut und Reichtum sowie ihren Zusammenhang. Dagegen unterstreicht er, dass Arm und Reich ein dialektisches Verhältnis eingehen, das vom Reichtum her übergriffen und daher bestimmt wird und das wesentlich Ausdruck des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital ist. »Warum werden nun dennoch hier weiter die Begriffspaare ›arm-reich‹ und ›Armut-Reichtum‹ verwandt, wo es doch im Kern um das dialektische Verhältnis von Arbeit und Kapital geht? Die Verwendung ist nicht nur sinnvoll, sondern notwendig. Denn die meisten Armen, sogar heute, angesichts des globalen Siegeszuges ›des‹ Kapitalismus, sind nicht arm wegen eines unmittelbaren Lohnarbeitsverhältnisses oder einer nachfolgenden Arbeitslosigkeit, sondern nur infolge einer Fernwirkung ›des‹ Kapitalismus. Das können Spätfolgen des ehemaligen Kolonialstatus sein, das können die Abhängigkeit von Weltmarktpreisen, die Ausplünderung eines Landes durch einige Konzerne, durch Teile der eigenen ausgehaltenen Elite, das kann die von der Weltbank regulierte Staatsverschuldung eines Landes sein. Viele Arme sind arm, weil sie es unmittelbar mit feudalerherrenartigen Grundbesitzern zu tun haben. Desgleichen sind viele Reiche nicht reich oder nicht nur reich, weil sie zu den dominierenden Kapitalisten gehören, sondern weil sie alte Reichtümer und Privilegien aus früheren Epochen besitzen oder repräsentieren. Dass das Verhältnis ›arm-reich‹ weiter besteht und sich gegenwärtig sogar ausweitet, ist zwar im Kern dem Gegensatz von arm und reich in seiner modernsten kapitalistischen Form geschuldet, aber nicht in jeder Einzelheit und für jede Person direkt von ihm verursacht. Die Ergebnisse und Folgen eines 4.000-jährigen arm-reich-Verhältnisses sind in der gegenwärtigen Menschheit angehäuft und lasten als ein scheinbar normal gewordener Alptraum auf uns.« (Rügemer 2002: 31)

Dagegen ist darauf zu verweisen, dass, wie es Karl Marx formuliert hat, Armut und Reichtum als »Pol und Gegenpol der kapitalistischen Produktion« eines in sich widersprüchlichen Ganzen bestehen (vgl. Marx 1976: 725). »Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d.h. auf Seiten der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert.« (ebd.: 675) Deshalb müsste auch marxistische Politik über bloße Umverteilungsforderungen hinauskom-

men zu sozialer Emanzipation jenseits des Klassenverhältnisses. Man muss nicht der übertriebenen und historisch falschen Ansicht von Franz Schandl sein, dass Umverteilung schlichtweg unmöglich sei. Für ihn ist »eine einfache Division der Güter oder der Arbeitsplätze, wie sie die Umverteilung vorschlägt, [...] auf der Basis kapitalistischer Verhältnisse gar nicht machbar, denn es ist schließlich stets so, dass die ›Verteilungsverhältnisse wesentlich identisch mit diesen Produktionsverhältnissen, eine Kehrseite derselben sind.« [Marx]. Jene können von diesen nicht abheben. Die Umverteilung ist eine Unverteilung. Sie ist nicht möglich.« (Schandl 2003) Dennoch sollte Marx' Kritik des Gothaer Programm der deutschen Sozialdemokratie, in der er ihr vorwarf »den Sozialismus hauptsächlich als um die Distribution sich drehend darzustellen«, gerade auch in der heutigen Zeit als unverändert aktuell angesehen werden (vgl. Yates 2003).

Leistungs- oder Klassengesellschaft?

Es ist mithin ein Mythos, dass wir in einer chancengleichen Leistungsgesellschaft leben, in welcher jeder und jede durch die eigene Leistung Karriere machen und zur Elite gehören kann. So kommt Dierk Hirschel in seiner Studie über Einkommensreichtum und seine Ursachen zu dem Ergebnis, dass der starke Einfluss nicht-meritokratischer Prinzipien (soziale Herkunft, geschlechtliche Diskriminierung etc.) auf die Entstehung hoher Einkommen die empirische Relevanz des Leistungsprinzips deutlich einschränkt (vgl. Hirschel 2003). »Worin liegt die ›individuelle Leistung‹ der ›Leistungsträger‹, wenn ihre hohen Arbeitseinkommen in erster Linie auf ein funktionierendes soziales Beziehungsgeflecht ihres Elternhauses, dessen kulturelles und ökonomisches Kapital, oder ihr Geschlecht (›der Leistungsträger‹) zurückzuführen sind? Hohe Arbeitseinkommen sind in der Regel keine Gratifikation für tatsächliche Leistungsunterschiede zwischen Reichen und Nicht-Reichen. Tatsächlich beruhen die unterschiedlichen Leistungsbewertungen weniger auf objektiv begründbaren Maßstäben als auf der gesellschaftlichen Definitions- und betrieblichen Durchsetzungsmacht der gesellschaftlichen Eliten.« (Hirschel 2004: 33)

Nach den Forschungsergebnissen des Elitenforschers Michael Hartmann sind beispielsweise Arbeiter(innen)kinder, selbst wenn sie es mit Mühe und Anstrengung zum Doktor(innen)titel gebracht haben, weiterhin besonders benachteiligt. »In den 400 Spitzenunternehmen hat gerade einmal jeder 200ste von ihnen eine Topposition erreicht. In den anderen großen Firmen war es insgesamt auch nur jeder siebzehnte. Während der letzten vier Jahr-

zehnte hat sich dieser Unterschied nicht etwa verringert, wie man angesichts der Bildungsexpansion und der von früheren SPD-Regierungen verkündeten Formel von der Chancengleichheit hätte annehmen können, sondern vertieft. Die Aussichten auf eine Topposition sind für die Sprösslinge des gehobenen Bürgertums bis auf das Zweieinhalbfache gestiegen, für die des Großbürgertums sogar bis auf das Fünffache.« (Hartmann 2002a) Demnach hat die vorgebliche soziale Öffnung des deutschen Bildungswesens bislang nicht zur sozialen Öffnung der Eliten geführt, sondern vielmehr zur Stabilisierung der herrschenden Klasse (vgl. Krysmanski 2004: 8ff.). »Die erheblich besseren Karriereaussichten für Bürgerkinder [...] resultieren im Kern aus der Tatsache, dass die Personen, die an der Spitze der Unternehmen stehen und damit über die Besetzung der Toppositionen entscheiden, für diese Positionen jemanden suchen, der ihnen im Habitus gleicht oder zumindest ähnelt: Bürgerkinder suchen Bürgerkinder.« (Hartmann 2002a; 2002b)

Die gegenwärtig stärker werdenden Debatten um Elite-Universitäten und die verschiedenen Studiengebührenkonzepte gehören insofern zusammen, als die Hierarchisierung der Hochschullandschaft und die sozial selektive Wirkung keine so genannten Kollateralschäden sind, sondern Ausdruck klassenspezifischer Interessen und Ziele. Nach Michael Hartmann ist es »Ziel maßgeblicher bürgerlicher Kreise, für den eigenen Nachwuchs gute Studienbedingungen auf Kosten der restlichen Bevölkerungsteile zu garantieren. Verhängnisvoll ist, dass inzwischen viele Aufsteiger der 60er und 70er Jahre, die vor allem in der SPD zu finden sind, mit den Bürgerlichen eine Allianz bilden und ihren infolge der damaligen Öffnung des Bildungssystems erreichten Status für die eigenen Kinder ebenfalls mittels Abschottung sichern wollen.« (junge Welt v. 8.1.2004)

Folglich macht sich an den Hochschulen heute wieder stärker die soziale Ungleichheit bemerkbar. So kommt die 17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks von 2004 zu dem Ergebnis, dass die Sprösslinge ärmerer Familien immer seltener den Weg an die Hochschulen finden. Der Anteil der Studierenden aus der sozial höchsten Herkunftsgruppe hat sich demnach von 1982 bis 2000 von 17 auf 33% fast verdoppelt und stieg 2003 noch einmal auf 37%. Derweil ging der Anteil der unteren Schichten von 23% auf 13 (2000) bzw. 12% (2003) zurück (vgl. taz v. 17.6.2004; Frankfurter Rundschau v. 17.6.2004).

Somit ist auch mit Blick auf die bundesrepublikanische Gesellschaft eine Reformulierung des Klassenbegriffs durchaus gerechtfertigt. Zwar sind Begriffe wie moderne Zivil- oder Wissensgesellschaft wesentlich beliebter, doch auch deren Polarisierung z.B. in User und Nicht-Partizipierende (an

Internet, neuen Medien etc.) wird, wie Paul Nolte darlegt, immer deutlicher. »Was hier als neue Spaltung der deutschen Gesellschaft entlang der ›Internet-Linie‹ verkauft wird, ist alles andere als neu. Es ist vielmehr ein getreues Abbild der alten Klassengesellschaft, die wir verdrängt haben, ohne ihre Realität beseitigen zu können. Die Internet-Linie trennt in altbekannter Manier diejenigen, die in ungesicherten, schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen leben, die viel fernsehen und wenig Bücher lesen, von den anderen, die von der ökonomischen Entwicklung profitieren, vielleicht selbständig sind, in jedem Fall gut verdienen und an der Bildungs- und Informationsflut partizipieren. Sagen wir es deutlich: Bildung und Besitz sind immer noch die Grundlage dieser neu-alten Klassengesellschaft.« Allerdings spricht man in Politik, Medien und Wissenschaft nicht mehr darüber. »Unter linken und liberalen Intellektuellen ist Gesellschaftskritik, überhaupt das Denken in Kategorien der ›Gesellschaft‹, passé und gilt als altmodisch; man wendet sich der ›Kultur‹ zu, der Welt der Symbole und Imaginationen, nicht mehr der harschen materiellen Realität.« (Nolte 2001) Der Hinweis auf den allgemein angehobenen Lebensstandard, der so genannte soziale »Fahrstuhleffekt« (Ulrich Beck) soll vergessen lassen, dass die Abstände eher gewachsen sind und sich neue, subtile Mechanismen der sozialen Differenzierung herausgebildet haben.

Während aber das Bundeskabinett in seinem ersten Armuts- und Reichtumsbericht die Superreichen ausdrücklich gegen Dämonisierungen und »Neiddiskussionen« in Schutz nimmt (vgl. BMAS 2001: 3), hat es keinerlei Skrupel, wenn sich solche Kampagnen gegen Erwerbslose und Sozialhilfebezieher/innen richten. Vielmehr scheint auch die rot-grüne Regierungskoalition erfreut darüber zu sein, dass Journalist(inn)en die Opfer ihrer verfehlten Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu Sündenböcken machen. Anders lassen sich die diversen ex- und impliziten »Sozialschmarotzer«- und »Faulenzer«-Kampagnen nicht erklären.

In ihrem »Nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2003-2005« wird die Bundesregierung nicht müde, ihre vorgeblichen Erfolge aufzulisten. So fördere sie u.a. durch ihre Steuerreform, durch die Bekämpfung der Kinderarmut und die Neuregelung der Sozialhilfe soziale Integration sowie Armutsprävention. Zwar sei »das Armutsrisiko im Jahr 2002 im Vergleich zu den Vorjahren, wo es bei rund 11% lag, auf 12,7% angestiegen«, doch für dessen Ursache – »Konjunkturschwäche mit anhaltend hoher Arbeitslosigkeit« – fühlt sich die Bundesregierung scheinbar nicht verantwortlich (vgl. BMGS 2004b).

Derweil wird auch unter Rot-Grün die Verteilung immer ungleicher und mithin der öffentlichen Armut ein gestiegener privater Reichtum gegenüber

gestellt. Die Bundesregierung huldigt dem neoliberalen Paradigma, welches mehr Ungleichheit als Bedingung für mehr Wohlstand für alle ansieht (»mehr gerechte Ungleichheit«).⁴ Dagegen sind durchaus praktikable Möglichkeiten einer gerechteren Verteilung des Wohlstandes denkbar, die entgegen der herrschenden Meinung sogar ökonomisch sinnvoller wären, wie Dieter Eißel nachweisen kann. »So hat die Steuerpolitik der Bundesregierung die Kommunen in eine sehr prekäre Haushaltslage gebracht. Unter dem Strich ist die steuerstaatliche Umverteilung also in mehrfacher Hinsicht problematisch. Die Steuerreformvorhaben der letzten Jahre waren bisher einseitig auf die Belange der Wirtschaft ausgerichtet und haben dadurch den Finanzierungsbedarf für notwendige öffentliche Investitionen ebenso vernachlässigt wie eine gerechtere und konjunkturpolitisch effizientere Umverteilung von oben nach unten.« (Eißel 2002: 115)

Der Mainstream bundesdeutscher Armuts- und Reichtumsforschung, aber auch Politik und Medien beschränken sich weitgehend auf die – meist individualisierende bzw. biografisierende – Beschreibung von Armut. Wenn sie sich tatsächlich mal mit Reichtum beschäftigen, achten sie meist tunlichst darauf, keine Kausalbeziehungen herzustellen. So scheint für manche Armuts- und Sozialforscher/innen die Beschäftigung mit Reichtum geradezu verpönt zu sein, weil dies suggerieren könnte, dass Armut und Reichtum zwei Seiten einer Medaille sind (vgl. BMAS 2002: 116ff.).

Die Brisanz eines scheinbar bewusst angestrebten Nichtwissens über Reichtum wird dann deutlich, wenn der Direktor des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Gert A. Wagner, sich einerseits fragt: »Warum ist das [Reichtumsforschung; M.K.] eigentlich wichtig?« (ebd.: 117), dann aber andererseits lapidar verkündet, dass »das Geld, das beim Bund, den Ländern und den Kommunen zur Verfügung steht, [...] auf absehbare Zeit knapp« (Wagner 2003) ist, ohne sich zu fragen, warum das so ist. Demagogisch wird es dann allerdings, wenn der gleiche Forscher Studiengebühren fordert, weil sonst keine Kinderbetreuung zu finanzieren sei, und dadurch versucht, Eltern gegen Studierende auszuspielen: »Die Einführung von Studiengebühren würde nicht nur die Qualität des Studiums verbessern, sondern die Entlastung, die der Staat durch Studiengebühren erfährt, könnte es Ländern und Kommunen ermöglichen, die vorschulische und schulische Bildung auszubauen und vor allem auf die Erhebung hoher Kindergartengebühren zu verzichten.« (ebd.) Dagegen sollte darauf hingewiesen werden, dass Studiengebühren den sozial selektiven Zugang zur

⁴ Vgl. Clement 2000; sowie Scholz 2003: 15ff.; vgl. hierzu kritisch: Mahnkopf 2000: 489ff.

Hochschule noch weiter einengen, aber kein einziges Kinderbetreuungs- und Bildungsproblem lösen, sondern die Krise des Bildungssystems nur noch verschärfen (vgl. ABS 2003: 5ff.; BdWi/fzs 2004).

Abbau des Sozialstaates und Aufbau der Armut

Vor allem die rot-grüne Renten- und Steuerpolitik wird im ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung als herausragende Maßnahme gegen Armut gerühmt (vgl. BMAS 2001: XVf.). Bei genauerer Betrachtung entpuppen sich jedoch gerade die Riester'sche Renten- und die Eichel'sche Steuerreform als kolossale Umverteilungsprojekte von unten nach oben. Während die Strukturprinzipien der umgestalteten Altersversicherung – Teilprivatisierung sozialen Risikos und Arbeitgeberentlastung – eine wieder zunehmende »Seniorisierung« der Armut forcieren sowie über den Zwang zur privaten Vorsorge Finanz- und Versicherungskonzerne subventionieren, hat die rot-grüne Steuerreform den Staat, die Länder und Kommunen systematisch verarmen lassen und die Spitzeneinkommen sowie Gewinne und Vermögen radikal entlastet (vgl. Eißel 2002: 87ff.; FAZ v. 8.8.2002).

Auch die Agenda 2010 der Bundesregierung verstärkt diesen Trend weiter. Nach Berechnungen von Claus Schäfer werden allein die beschlossenen Einkommenssteuerreformen« der rot-grünen Regierung (1998-2004) die oberen Einkommen massiv weiter begünstigen und damit eine »quasi öffentliche Vermögensbildung durch Steuerentlastung zugunsten von Beziehern hoher Einkommen bzw. Eigentümern großer Vermögen leisten« (Schäfer 2003: 639). So würde z.B. ein/e Einkommensmillionär/in (nach der Realisierung der vorhergesehenen letzten Steuerreformstufe 2004) einen Einkommenszuwachs von 106.000 EUR, dagegen ein/e Durchschnittsverdiener/in mit 30.000 EUR Jahreseinkommen nur einen Zuwachs von 1.320 EUR erhalten. Das heißt, der/die Millionär/in könnte sein Einkommen um 22,07%, der/die Durchschnittsverdiener/in aber nur um 5,77% verbessern. Die staatliche Entlastung für den/die Großverdiener/in entspricht damit dem 80,3-fachen des/der Normalverdieners/in.

Indessen weisen die steigenden Zuzahlungen im Gesundheitswesen, die Streichung des Krankengeldes, die weitere Privatisierung der Altersversicherung, der Umbau der Bundesanstalt für Arbeit und Kürzungen beim Arbeitslosengeld, der Arbeitslosenhilfe sowie die Einschränkungen des Kündigungsschutzes, der Tarifautonomie und die Kürzungen im Gesundheitswesen auf eine neue Qualität von Sozialabbau und Deregulierung hin.

Nach der (teil)privatisierten Vorsorge für das Alters-, Erwerbsminderungs- und Todesfallrisiko drohen nun ähnliche Konzepte bei der Krankenversicherung (durch den Zwang, für das Krankengeld eine Privatversicherung abzuschließen und durch die Ausweitung der Eigenbeiträge bei den Krankenkosten). Nach den Beschlüssen des Bundestages (Agenda 2010) steht die Arbeitslosenversicherung vor einem Fundamentumbau, der die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und eine kürzere Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld beinhaltet. In die gleiche Richtung gehen die Regierungskonzepte zur Gesundheitspolitik, zur arbeitsrechtlichen Deregulierung beim Kündigungsschutz und beim Tarifvertragsgesetz. Neben einem weiteren Rückgang der Binnennachfrage durch den Einbruch der Kaufkraft bei denen, die fast ihr gesamtes Einkommen für ihren Lebensunterhalt aufbringen müssen, haben die genannten Maßnahmen gravierende Deprivations-Folgen.

Mit Hans-Jürgen Bieling lässt sich auf europäischer Ebene die Herausbildung neuer wettbewerbsorientierter und unter Einschluss der Sozialpartner stattfindender Kooperationsformen (so genannter Wettbewerbskorporatismus) beobachten. Besonders sozialdemokratische Regierungen bemühen sich angesichts anhaltender Arbeitsmarktkrisen, sozialpolitischer Reformfordernisse sowie wirtschafts- und währungsunionsspezifischer Notwendigkeiten (EU-Stabilitätspakt und Konvergenzkriterien) um solche Institutionalisierungen. »Fast überall geht es dabei um die Verknüpfung von Lohnzurückhaltung, Arbeitsmarktflexibilisierung, die Reform der sozialen Sicherungssysteme und die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. [...] Ungeachtet der länderspezifischen Ausprägungen fügen sich die korporatistischen Arrangements sehr gut in die neue sozialdemokratische Modernisierungskonzeption einer ›pragmatischen Flexibilisierung‹ bzw. ›kooperativen Deregulierung‹.« (Bieling 2001: 232)

Insofern macht sich ein qualitativer Wandel sozialstaatlicher Regulation bemerkbar, welcher »mehr ist als eine leichte Verschiebung im Kommodifizierungs-Dekommodifizierungs-Mix«. (Brütt 2001: 268) Mit Hilfe der Änderungen im Sozialhilfe-System (Bundessozialhilfegesetz) wird das sozialstaatliche Verhältnis von Lohnarbeit und Existenzsicherung verschoben und Voraussetzungen sowie Förderungen von Niedriglohnssektoren geschaffen. »Der sozialdemokratische ›Neoliberalismus plus‹ verbindet« laut Christian Brütt »stärker als der von Konservativen propagierte Familien-Homo-Oeconomicus die idealtypischen Rollen des Wirtschafts- und des Staatsbürgers. Der Wirtschaftsbürger wird entweder als Unternehmer bzw. Entrepreneur oder als Arbeitskraftunternehmer funktional, der Staatsbürger vor allem über Pflichten sozial integriert.« (ebd.: 277)

Friede den Palästen – Krieg den Hütten: Sachzwang oder Klassenprojekt?

Die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik scheint heute darin zu bestehen, dass Parteien und Politiker/innen darum konkurrieren, wer die als Schädlinge der Nation identifizierten Personen (»Sozialschmarotzer«, »Drückeberger«, »Faulenzer«) am härtesten anpackt. Im öffentlichen Diskurs über sozialstaatliche Verarmung überbieten sich die politischen Repräsentant(inn)en im Erfinden von Zumutungen an die von der Wirtschaft Ausrangierten und »Überflüssigen«, damit das Elend aus der Welt geschaffen wird – jedenfalls aus der Welt, die den Staat etwas kostet. Ignoriert wird dabei, dass Armut nicht beseitigt wird, indem man die Ansprüche auf staatliche Fürsorge beseitigt, und dass durch Zwang keine Perspektiven für die Betroffenen geschaffen werden. »Nicht die Passivität der Opfer der Arbeitsmarktkrise und der gesellschaftlichen Ausgrenzung haben die Legitimationsprobleme [des Sozialstaats, M.K.] zu vertreten, sondern die fehlende bzw. unzureichende Flankierung der Prozesse wirtschaftsstrukturellen Wandels, die angesichts der Globalisierung nachhaltig und dauerhaft erforderlich gewesen wäre und dies auch nach wie vor noch ist.« (Trube/Wohlfahrt 2001: 33)

Der Bremer Sozialpolitikwissenschaftler Rudolph Bauer prognostiziert alleine für die Gesetze in Folge der Hartz-Vorschläge negative Auswirkungen (nicht nur) für arbeitslose Jugendliche: »Die innergesellschaftlichen Verarmungstendenzen verschärfen sich – und das mit heute noch nicht absehbaren Folgewirkungen für die psychische, mentale und soziale Entwicklung der davon betroffenen Kinder und Jugendlichen.« (Bauer 2003) Wenn nur noch diejenigen Sozialhilfe (künftig »Sozialgeld«) erhalten, die als nicht erwerbsfähig klassifiziert werden, befürchtet Bauer, dass auf dem Wege über die Definition (und amtliche Feststellung) der Erwerbsfähigkeit bzw. des Grades der Nichterwerbsfähigkeit eine neue »Drehtür« zwischen den Systemen des Arbeitslosen- und des Sozialgeldes eingebaut wird. »Es besteht die Gefahr, dass davon auch bestimmte Gruppen von benachteiligten Jugendlichen betroffen sind und ins gesellschaftliche Abseits gestellt werden.« (ebd.)

Es liegt auf der Hand, dass die verschiedenen Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Sozial- und Gesundheitskürzungen in Folge von Hartz, Rürup und Agenda 2010 auch und besonders für junge Menschen gravierende Folgen bis zur Armutsgefährdung haben. Für die Sozial- und Gesundheitsberichterstattung in der Bundesrepublik kann bereits jetzt – bei allen methodischen und empirischen Schwierigkeiten – als gesichert gelten, dass materielle bzw. soziale Armut immer auch negative Auswirkungen auf die Gesundheit hat. Per-

sonen, die in sozial benachteiligten Verhältnissen leben, sind gleich in mehrfacher Hinsicht gefährdet. So ist in diesem Segment eine deutlich höhere postnatale Säuglingssterblichkeit als in den oberen sozialen Schichten zu verzeichnen, eine deutlich höhere Zahl jener Kinder, die mit einem Gewicht von weniger als 2.500 Gramm geboren werden, eine zweimal höhere Mortalitätsrate durch Unfälle als bei Kindern aus privilegiierteren Schichten, ein sehr viel häufigeres Auftreten akuter Erkrankungen und eine höhere Anfälligkeit für chronische Erkrankungen (vgl. Mielck 2001: 30ff.).

Weitere Privatisierungen im Gesundheitsbereich werden hier katastrophale Wirkungen hervorrufen. So sehen Kassenärztinnen und -ärzte bereits »erste Warnzeichen, dass arme Patienten wegen der neuen Praxisgebühr nicht mehr rechtzeitig zum Arzt gehen. In ärmeren städtischen Bezirken sei die Zahl der Arztbesuche seit dem Start der Gesundheitsreform stärker zurückgegangen als in reicheren, sagte der Chef der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), Manfred Richter-Reichhelm«. (Arme gehen offenbar weniger... 2004: II) Insofern zeugen die Jubelmeldungen der Bundesregierung über die erfolgreichen Einspareffekte der Gesundheitsreform von zynischem Hohn und Spott für die Opfer dieser Maßnahmen (vgl. BMGS 2004a).

Entsprechend beobachtet auch der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes eine deutliche Beendigung sozialer Verantwortung des Staates und einen Exklusionsansatz durch die Agenda 2010. »Unverschleiert offenbart des Kanzlers Agenda, was sich tatsächlich hinter diesem Politeuphemismus verbirgt: ein Vormarsch freier Marktwirtschaft neoliberalen Zuschnitts, ein Konzept, das von vorne herein auf Ausgrenzung ausgelegt ist.« (Frankfurter Rundschau v. 26.5.2003; FR v. 1.8.2003) Der Sozialethiker Friedhelm Hengsbach vertritt gar die Meinung, dass der Bundeskanzler deshalb so stark nach unten tritt, um den Starken in der Gesellschaft zu gefallen: »Ihre Reformen verkaufen sie geschickt als Befreiung. Sie reden von Eigenverantwortung. Freiheit. Sich verwirklichen. Umbau des Sozialstaats. Das sind alles schöne Worte, die Wirtschaft und Politik benutzen. Die Sprachregelung kaschiert den Verfassungsbruch, den Abschied vom Sozialstaat. [...] Schröder möchte den wirtschaftlichen Eliten gefallen. Er lässt sich von ihnen treiben und tritt dafür kräftig nach unten. Es ist eine wirklich bittere Ironie der Geschichte, dass ein SPD-Kanzler das Lambsdorff-Tietmeyer-Papier von 1982 [über das der SPD-Kanzler Helmut Schmidt gestürzt ist, weil in ihm massive soziale Einschnitte verlangt wurden; M.K.] nun nicht nur umsetzt, sondern noch verschärft. Seine Agenda 2010 ist eine Kriegserklärung an die Opfer der Krise. Was da drinsteht, konnte man schon bei Reagan und Thatcher lesen. Dieser 14. März (2003;

M.K.), an dem er die Agenda im Parlament verlesen hat, war ein schwarzer Tag für den Sozialstaat – und die Demokratie.« (Stern v. 19.11.2003)

Es verwundert indessen auf den ersten Blick, dass der gleiche Paul Nolte, der die Bundesrepublik als Klassengesellschaft bezeichnet, Armut nicht als soziales Problem ansieht, sondern als eine Frage der Kultiviertheit und des Konsums. »Nicht Armut ist das Hauptproblem der Unterschicht«, sagt er, »sondern der massenhafte Konsum von Fast Food und TV«. Entgegen der Thesen, welche Armut in Zusammenhang mit dem Kapitalismus bringen, sieht Nolte das Problem in fehlenden »Sekundärtugenden«, geringer Orientierung an der »Leitkultur« und zu viel ungesundem Essen, was zur »Kultur der Unterschichten« gehöre. Statt altmodischer Analysen von sozialen Ursachen und von verteilungspolitischen Zusammenhängen präferiert Nolte den Hinweis auf kulturellen Werteverlust in der Gesellschaft. »Wir sind zu lange einem Konzept gefolgt, das man als ›fürsorgliche Vernachlässigung‹ bezeichnen könnte. Einer vergleichsweise hohen materiellen Fürsorge der Unterschicht steht eine Vernachlässigung in sozialer und kultureller Hinsicht gegenüber. Das Ziel muss es wieder sein, Kulturen der Armut und der Abhängigkeit, des Bildungsmangels und der Unselbständigkeit nicht sich selbst zu überlassen, sondern sich einzumischen, sie herauszufordern und aufzubrechen. Es geht um Integration in die Mehrheitsgesellschaft, aber auch – für viele ein heikleres Thema – um die Vermittlung kultureller Standards und Leitbilder.« Mit Hilfe dieser Kulturalisierung von sozialen Fragen macht der (an der mit ca. 115 Millionen EUR von der öffentlichen Hand gesponserten Privat-Universität Bremen lehrende) Wissenschaftler die Opfer zu Täter(inne)n und die Folgen sozialer Benachteiligung zu gleichsam kulturellen bzw. anthropologischen Grundkonstanten von Menschen in Armut. Mit dem Hinweis auf die »kulturellen Wurzeln der Verwahrlosung« bei den Unterschichten macht sich Nolte zum Spachrohr der herrschenden Klasse und ihres Klassenkampfes von oben (vgl. Nolte 2003).

Die klassenpolitischen Auswirkungen dieser Angriffe auf Lohnabhängige, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger/innen zeigen sich laut Winfried Wolf in der politischen Ökonomie als umfassende Senkung der direkten Lohnkosten und Verbesserung der Verwertungsbedingungen des Kapitals: durch Lohndumping, verschärfte Konkurrenz unter Lohnabhängigen, Minijobbern, working poor etc. »Das Ja zum Krieg nach außen liegt als Folie über dem forcierten Krieg im Inneren: gegen Arbeitslose, Lohnabhängige, sozial Schwache, Studierende, Ältere.« (Wolf 2003) Insofern handelt es sich bei den Beschlüssen zur Agenda 2010 auch um »soziale Barbarei«, wie Arnold Schölzel es genannt hat: »Wer mit Gesetzen zur Beförderung der Armut zugleich die größte Amnestie für Steuerhinterziehung in der Ge-

schichte der Bundesrepublik beschließt, ist sich sehr bewusst, von wem er abhängig ist. Der Satz »Die Sozialhilfe muss gekürzt werden, damit der Spitzensteuersatz gesenkt werden kann« von verdi-Chef Bsirske gehört zu den einprägsamsten dieses Jahres – allerdings weitgehend ohne Konsequenzen auf seiten der Gewerkschaften.« (Schölzel 2003)

Es ist wenig verwunderlich, dass der in der Systemkonkurrenz des Kalten Krieges erkämpfte fordistische Sozialstaatskompromiss von 1950 bis etwa 1975 nun seit einigen Jahren von der Unternehmenseite aufgekündigt wurde. Erstaunen ruft allerdings das sentimentale Sozialpartnerschaftsvokabular der Gewerkschaftsführung hervor, während auf Seiten der Kapital-eigentümer/innen und ihrer Sprachrohre schon längst die implizite und explizite Zerstörung von Gewerkschaften verlangt wird (vgl. Wild 2003).⁵ Immer noch fordert der DGB-Vorsitzende Michael Sommer die Arbeitgeber/innen auf, endlich »zur Vernunft zu kommen«, ohne zu berücksichtigen, dass deren Verhalten tatsächlich der Profit-Rationalität entspricht (siehe Frankfurter Rundschau v. 20.2.2004). So meint es der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Michael Rogowski, ernst, wenn er fordert, Tarifverträge zu verbrennen und das Betriebsverfassungsgesetz abzuschaffen (vgl. manager-magazin.de v. 12.3.2004). Mit Hilfe von wettbewerbskorporatistischer Verbetrieblung der Gewerkschaftspolitik und Co-Management können die Gewerkschaften nur noch die Kernbelegschaften in gut organisierten Betrieben ansprechen. Die Ausgegrenzten, Erwerbslosen, Sozialhilfeempfänger/innen und Langzeitarbeitslosen lassen sich so nicht organisieren und eine solidarische Perspektive folglich auch nicht entwerfen. Dies ist nur möglich, wenn die Interessenvertretung der Lohnabhängigen die Positionen der Arbeitgeberseite ernst nimmt und ebenso konfliktfähig agiert wie die Gegenseite (vgl. Wendl 2004: 36ff).

Reformistische Alternativen

Umso mehr besteht dringender Bedarf, alternative Vorschläge zur Bewältigung der Massenerwerbslosigkeit aufzugreifen und zu unterstützen, wie sie immer wieder – aber bislang ohne Chance auf mediale und öffentliche Wahrnehmung – vorgetragen werden. So ist in diesem Zusammenhang beispielsweise auf den Aufruf »1 Million Arbeitsplätze durch öffentliche Daseinsvorsorge, Zukunftsinvestitionen, Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung«,⁶

⁵ Kritisch dazu s. Gesterkamp 2004: 47ff.

⁶ Vgl. www.politikwechsel.org

die »Initiative für eine sozialstaatliche Arbeitsmarktpolitik«,⁷ das Memorandum 2004,⁸ den Aufruf von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern »Sozialstaat reformieren statt abbauen – Arbeitslosigkeit bekämpfen statt Arbeitslose bestrafen« sowie die Attac-Broschüre »Agenda 2010« verhindern – soziale Alternativen anbieten!« zu verweisen (vgl. AAW 2004).

Die Polarisierung von Armut und Reichtum, insbesondere auch die soziale Benachteiligung von jungen Menschen kann nicht durch isolierte Maßnahmen, wie etwa höhere Transferleistungen an Eltern, bekämpft werden, sondern nur mittels einer integralen Beschäftigungs-, Familien- und Sozialpolitik. Nötig ist deshalb ein Konsens zur Umverteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen. Eine Alternative zum rot-grünen Sozialstaatsabbau stellen dabei die von Brigitte Stolz-Willig vorgeschlagenen Reformmaßnahmen dar. Sie sollen der Exklusion prekär Beschäftigter und Familienarbeit leistender Personen aus dem Schutz des sozialen Sicherungssystems begegnen, durch »Stärkung der Finanzierungsbasis des sozialen Sicherungssystems, indem hohe Einkommen und (Kapital-)Vermögen in die Beitragspflicht einbezogen werden, Stärkung der Versicherungsbiografien über Einbezug aller Formen der Erwerbstätigkeit und perspektivisch die Einführung einer Mindestbeitragspflicht für alle Personen im erwerbsfähigen Alter, Einbezug gesellschaftlich erwünschter und regulierter Phasen der Nichterwerbstätigkeit (Erziehung, Pflege, Qualifizierung) in den Risikoausgleich, Einbau einer bedarfsorientierten Mindestsicherung in die Arbeitslosenversicherung.« (Stolz-Willig 2003: 223)

Im transnationalen und flexiblen Hightech-Kapitalismus interessiert man sich nicht für sozial Benachteiligte, sodass Armut als Randerscheinung gilt und die Entstehung, Strukturen sowie Wirkungen des real existierenden Reichtums unterbelichtet bleiben. Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Familien- und Sozialpolitik können das Problem zwar lindern helfen, aber nicht verhindern, dass die Kluft zwischen Arm und Reich fortbesteht. Deshalb sollten bei allen alternativen (Reform-)Überlegungen Joachim Hirschs Bedenken hinsichtlich der Konzeptionen, Modelle und Appelle gegenüber dem Sozialstaat berücksichtigt werden. »Auch die Einführung einer lohnarbeitsunabhängigen Grundsicherung würde, wenn dahinter nicht eine starke gesellschaftsverändernde politisch-soziale Bewegung steht, mit einiger Notwendigkeit zu einem Bestandteil neoliberaler Modernisierungsstrategien verkommen. Emanzipatorische Veränderungen sind an politisch-soziale Kämpfe mit den damit verbundenen Lernprozessen gebunden. Angesichts gesell-

⁷Vgl. www.aktive-arbeitsmarktpolitik.de

⁸Vgl. www.linksnet.de

schaftlicher Verhältnisse, die darauf angelegt sind, die Menschen zu bloßen Konsum- und Leistungsmarionetten oder zu degradierten Marginalisierten zu machen, stellt sich die Frage nach den AkteurInnen einer solchen Entwicklung besonders drängend.« (Hirsch 2001: 165)

Literatur

- Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) (2003): Argumente gegen Studiengebühren. Eine Widerlegung von Behauptungen, 3. Aufl. Bonn.
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (AAW) (Hrsg.) (2004): Memorandum 2004. Beschäftigung, Solidarität und Gerechtigkeit – Reform statt Gegenreform, Köln.
- Arme gehen offenbar weniger zum Arzt, in: Soziale Sicherheit 5/2004, S. II
- Bauer, Rudolph (2003): Gravierende Einschnitte für arbeitslose Jugendliche. Hartz und die Folgen für die Jugendhilfe – Zu den jugendpolitischen Auswirkungen der Kommissionsvorschläge. In: Frankfurter Rundschau v. 7.3.2003.
- Bieling, Hans-Jürgen (2001): Transnationale Vergesellschaftung und die »neue Sozialdemokratie«. In: Candeias, Mario/Deppe, Frank (Hrsg.): Ein neuer Kapitalismus?, Akkumulationsregime – Shareholder Society – Neoliberalismus und Neue Sozialdemokratie, Hamburg, S. 218-240.
- Bischoff, Joachim/Herkommer, Sebastian/Hüning, Hasko (2002): Unsere Klassengesellschaft. Verdeckte und offene Strukturen sozialer Ungleichheit, Hamburg.
- Brütt, Christian (2001): »Neoliberalismus plus«. Re-Kommodifizierung im aktivierenden Sozialstaat. In: Candeias, Mario/Deppe, Frank (Hrsg.): Ein neuer Kapitalismus?, Akkumulationsregime – Shareholder Society – Neoliberalismus und Neue Sozialdemokratie, Hamburg. S. 265-283.
- Bund demokratischer Wissenschaftler/innen (BdWi)/freier Zusammenschluss von student(inn)enschaften (fzs) (Hrsg.) (2004): Studiengebühren, Elitekonzeptionen & Agenda 2010, Marburg.
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMAS) (Hrsg.) (2002): 1. Wissenschaftliches Kolloquium »Lebenslagen, Indikatoren, Evaluation – Weiterentwicklung der Armuts- und Reichtumsberichterstattung« vom 30./31. Oktober 2002 im Wissenschaftszentrum Bonn, Köln.
- Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMAS) (Hrsg.) (2001): Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Bonn.
- Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS) (Hrsg.) (2004a): Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt zieht im Kabinett positive Bilanz der Gesundheitsreform: Die Reform wirkt, in: Pressemitteilung Berlin v. 9.6.2004
- Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS) (2004b): Nationaler Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2003-2005 wurde aktualisiert, Pressemitteilung Berlin v. 26.5.2004.
- Clement, Wolfgang (2000): Durch innovative Politik zu gerechter Teilhabe. Rede

- anlässlich des Forums Grundwerte: Gerechtigkeit der SPD in Berlin am 26. April 2000; <http://www.spd.de/events/grundwerte/clement/.html>.
- Eißel, Dieter (2002): Einkommens- und Vermögensverteilung. Argumente gegen eine wachsende Schieflage, In: Eicker-Wolf, Kai/Kindler, Holger/Schäfer, Ingo/Wehrheim, Melanie/Wolf, Dorothee (Hrsg.): Deutschland auf den Weg gebracht. Rot-grüne Wirtschafts- und Sozialpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Marburg, S. 87-124.
- Gesterkamp, Thomas (2004): Journalistensport Gewerkschaftsschelte. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/2004, S. 47-52.
- Hanesch, Walter/Krause, Peter/Bäcker, Gerhard u.a. (2000): Armut und Ungleichheit in Deutschland. Der neue Armutsbericht der Hans-Böckler-Stiftung, des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, Reinbek bei Hamburg.
- Hartmann, Michael (2002a): Bürgerkind sucht Bürgerkind. Nicht Leistung allein bestimmt beruflichen Erfolg, sondern viel wichtiger ist die soziale Herkunft. In: Die Welt v. 14.4.2002
- Hartmann, Michael (2002b): Der Mythos von den Leistungseliten. Spitzenkarrieren und soziale Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft, Frankfurt am Main.
- Hirsch, Joachim (2001): Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft. In: Appelt, Erna/Weiss, Alexandra (Hrsg.) (2001): Globalisierung und der Angriff auf die europäischen Wohlfahrtsstaaten, Hamburg, S. 149-166.
- Hirschel, Dierk (2004): Einkommensreichtum und seine Ursachen. In: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung 57, S. 21-37.
- Hirschel, Dierk (2003): Einkommensreichtum und seine Ursachen, Marburg.
- Hirschel, Dierk (2001): Über die Schwierigkeiten des politischen Umgangs mit Reichtum. In: Detje, Richard/Hirschel, Dierk/Zinn, Karl Georg: Reichtum & Armut. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 6/2001, S. 30-40.
- Hochmuth, Uwe/Klee, Günter/Volkert, Jürgen (1995): Armut in der sozialen Marktwirtschaft. Möglichkeiten und Probleme ihrer Überwindung aus ordnungspolitischer Sicht, Tübingen/Basel.
- Huster, Ernst-Ulrich (1997): Enttabuisierung der sozialen Distanz. Reichtum in Deutschland. In: ders. (Hrsg.): Reichtum in Deutschland. Die Gewinner der sozialen Polarisierung, Frankfurt am Main/New York. S. 7-31.
- Huster, Ernst-Ulrich (1996): Soziale Polarisierung – Wieviel Abstand zwischen Arm und Reich verträgt die Gesellschaft? In: Schui, Herbert/Spoo, Eckart (Hrsg.): Geld ist genug da. Reichtum in Deutschland, Heilbronn, S. 13-28.
- Klundt, Michael (2003): Armut und Reichtum in Deutschland. Ursachen und Folgen des Sozialstaatumbaus. In: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung 55, S. 43-57.
- Krysmanski, Hans Jürgen (2004): Herrschende Klassen *Revisited*. In: Z. Zeitschrift marxistische Erneuerung 57, S. 8-20.
- Mahnkopf, Brigitte (2000): Formel 1 der neuen Sozialdemokratie: Gerechtigkeit durch Ungleichheit. Zur Neuinterpretation der sozialen Frage im globalen Kapitalismus. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 4/2000, S. 489-525.

- Martens, Rudolf (2003): Der Einfluß der Agenda 2010 auf Personen und Haushalte mit Kindern in Deutschland. Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe. Expertise für den Paritätischen Wohlfahrtsverband – Gesamtverband, Frankfurt am Main.
- Marx, Karl (1976): Das Kapital Bd. 1. In: Marx-Engels-Werke Bd. 23, Berlin.
- Merrill Lynch/Cap Gemini Ernst & Young (2004): World Wealth Report 2004.
- Merrill Lynch/Cap Gemini Ernst & Young (2003): World Wealth Report 2003.
- Mielck, Andreas (2001): Armut und Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen: Ergebnisse der sozial-epidemiologischen Forschung in Deutschland. In: Klocke, Andreas/Hurrelmann, Klaus (Hrsg.): Kinder und Jugendliche in Armut. Umfang, Auswirkungen und Konsequenzen, 2. Aufl. Opladen/Wiesbaden, S. 230-253.
- Nolte, Paul (2003): Das große Fressen. Nicht Armut ist das Hauptproblem der Unterschicht. Sondern der massenhafte Konsum von Fast Food und TV. In: Die Zeit v. 18.12.2003.
- Nolte, Paul (2001): Unsere Klassengesellschaft. Wie könnten die Deutschen angemessen über ihr Gemeinwesen sprechen? Ein unzeitgemäßer Vorschlag. In: Die Zeit v. 5.1.2001.
- Rügemer, Werner (2002): arm und reich, Bielefeld.
- Rügemer, Werner (2001): Heile Welten. Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/2001, S. 863-871.
- Schäfer, Claus (2003): Mit einer ungleicheren Verteilung in eine schlechtere Zukunft – Die Verteilungsentwicklung in 2002 und den Vorjahren. In: WSI-Mitteilungen 11/2003, S. 631-643.
- Schandl, Franz (2003): Umverteilung oder soziale Emanzipation? Bruchstücke zur Neuorientierung der Sozialkritik. In: junge welt v. 6.1.2003.
- Scholz, Olaf (2003): Gerechtigkeit und solidarische Mitte im 21. Jahrhundert. In: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 9/2003, S. 15-20.
- Schölzel, Arnold (2003): Soziale Barbarei. Große Koalition beschließt »Agenda 2010«. In: junge Welt v. 19.12.2003.
- Spoor, Eckart (2004): Pressefreiheit. Missbrauch publizistischer Macht. Die Demokratie in Deutschland und die Eigentumsverhältnisse in den Medien. Eine Analyse. In: junge Welt v. 10./11.3.2004.
- Stolz-Willig, Brigitte (2003): Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit oder: Familienarbeit neu bewerten – aber wie? In: Butterwegge, Christoph/Klundt, Michael (Hrsg.): Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel, 2. Aufl. Opladen, S. 213-223.
- Trube, Achim/Wohlfahrt, Norbert (2001): »Der aktivierende Sozialstaat« – Sozialpolitik zwischen Individualisierung und einer neuen politischen Ökonomie der Inneren Sicherheit. In: WSI Mitteilungen 1/2001, S. 27-35.
- Wagner, Gert A. (2003): Kita-Kids können nicht streiken – Ihnen muss der Staat helfen. Gerechtigkeit beginnt im Kindergarten. In: taz v. 27.12.2003.
- Wendl, Michael (2004): Gewerkschaften. Co-Management mit dem Neoliberalismus? In: Jörg Huffs Schmid u.a.: Stagnation – neoliberale Agenda – Alternativen.

- Supplement der Zeitschrift Sozialismus 2/2004, S. 36-44.
- Wild, Gisela (2003): Wenn Streik zum Krieg wird. Arbeitskämpfe sind überholt. Die Macht der Gewerkschaften muss eingedämmt werden. In: *Die Zeit* 27/2003.
- Wolf, Winfried (2003): »Mehr als erwartet«. Deutschland, einig Kapitalland. Die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses – eine Bilanz von Rot-Grün. In: *junge Welt* v. 17.12.2003.
- Yates, Michael D. (2003): *Naming the system. Inequality and Work in the Global Economy*, New York.
- Zimmermann, Gunter E. (1998): Armut. In: Schäfers, Bernhard/Zapf, Wolfgang (Hrsg.): *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*, Bonn, S. 34-49.
- Zinn, Karl Georg (2001): Gediogene Daten – problematische Rezepte. Zum »ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung«. In: Detje, Richard/Hirschel, Dierk/Zinn, Karl Georg: *Reichtum & Armut. Supplement der Zeitschrift Sozialismus* 6/2001, S. 20-29.